

2778/J XXI.GP
Eingelangt am: 13.07.2001

ANFRAGE

**des Abgeordneten Mag. Johann Maier
und Genossen
an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft
betreffend „Vollziehung Pflanzgutgesetz“**

Mit der von der Bundesregierung geplanten Errichtung einer „Agentur für Ernährungssicherheit - Österreich „soll durch die Konzentration der bereits vorhandenen Ressourcen unter anderem im Lebensmittel -, Veterinär - und Futtermittelbereich eine umfassende Produktionskontrolle vom Hof bis auf den Ladentisch geschaffen werden. Dies soll für die KonsumentInnen - nach Ansicht der Bundesregierung - maximale Sicherheit gewährleisten. Der Beschluss erfolgte am 10. Juli im Ministerrat.

Nach dem Begutachtungsverfahren selbst wurde der Gesetzesentwurf mehrheitlich abgelehnt. Kritisiert wurde unter anderem die fehlende Kompetenzverschiebung, die Weisungsgebundenheit der beiden Geschäftsführer, der Einfluss des Landwirtschaftsressorts auf die Lebensmitteluntersuchungen, keine Darstellung der finanziellen Auswirkungen sowie verfassungsrechtliche Bedenken und Neuzentralisierung. Insgesamt entstand der Eindruck, dass damit die Strukturschwächung und Kontrolldefizite im Bereich des Landwirtschaftsressorts kaschiert und verdeckt werden sollen. Es wurde auch die Gefahr gesehen, dass durch Umschichtung, Neustrukturierung und Zusammenfassung verschiedener Abteilungen, die derzeit gut funktionierenden Strukturen im Bereich der Lebensmittelaufsicht zerstört werden.

Aus diesem Grund wird es als notwendig erachtet eine Übersicht über die Vollzugstätigkeiten im Lebensmittelrecht sowie im Agrarischen Betriebsmittelrecht zu erhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende Anfrage:

1. Wie viele Betriebe (Erzeuger, Handel und Importeure) wurden 1997, 1998, 1999 und 2000 durch die Aufsichtsorgane in Österreich überprüft (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer)?
2. In wie vielen Betrieben (Erzeuger, Handel und Importeure) wurde 1997, 1998, 1999 und 2000 Proben durch die Aufsichtsorgane gezogen (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Branchen und die einzelnen Bundesländer)?
3. Wie viele Proben wurden 1997, 1998, 1999 und 2000 auf Bauernhöfen durch die Aufsichtsorgane gezogen (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer)?

4. Wie viele Proben wurden 1997, 1998, 1999 und 2000 insgesamt durch die einzelnen zuständigen Bundesanstalten untersucht (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten).
5. Wie viele dieser Proben waren davon amtliche und wie viele private Proben (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten und Jahre).
6. Welche Einnahmen wurden durch die privaten Probenuntersuchungen 1997, 1998, 1999 und 2000 erzielt (ersuche um Aufschlüsselung der Einnahmen auf die einzelnen Bundesanstalten und Jahre).
7. Wie viele und welche Strafen bzw. sonstige Sanktionen wurden 1997, 1998, 1999 und 2000 in Österreich verhängt (ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
8. Wie viele Organmandate wurden 1997, 1998, 1999 und 2000 in Österreich verhängt (ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
9. In wie vielen Fällen wurde 1997, 1998, 1999 und 2000 ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet (ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
10. In wie vielen Fällen wurde 1997, 1998, 1999 und 2000 ein Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz rechtskräftig abgeschlossen (ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
11. In wie vielen Fällen wurde 1997, 1998, 1999 und 2000 ein Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz durch Einstellung abgeschlossen (ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
12. In wie vielen Fällen erfolgte im Jahr 2000 eine Einstellung durch einen UVS (Aufschlüsselung auf UVS)?
13. Wie wurden die Einnahmen aus Organmandaten bzw. Straferkenntnissen nach Verstößen bislang verwendet?
14. Zu wie vielen strafrechtlichen Anzeigen kam es? Wie viele davon wurden eingestellt?
15. Wurden die Kontrollergebnisse der Aufsichtsbehörden und der Bundesanstalten in Österreich in den o.g. Jahren jeweils in einem Bericht veröffentlicht?
16. Wenn ja, wo ist dieser zugänglich?
17. Wenn nein, weshalb nicht?
18. Werden Sie in Zukunft die Erstellung eines derartigen Berichtes veranlassen?
19. Wenn nein, weshalb nicht?

20. Wie viele Beschäftigte arbeiteten 1997, 1998, 1999 und 2000 in den einzelnen zuständigen Bundesanstalten (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten und Jahre)?
21. Wie viele Beschäftigte waren mit Stichtag 1.6.2001 in den zuständigen Bundesanstalten beschäftigt (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten)?
22. Wie hoch waren 1997, 1998, 1999 und 2000 in jeder dieser Bundesanstalten die Personalkosten (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten und Jahre)?
23. Wie viele Planstellen wurden 1997, 1998, 1999, 2000 und bis Stichtag 30.6.2001 nicht nachbesetzt?
24. Werden in Zukunft in diesen Bundesanstalten bei Pensionierungen oder Kündigungen die freiwerdenden Planstellen wieder besetzt oder soll weiter eingespart werden (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesanstalten)?
25. Wenn nein, warum nicht?
26. Wie hoch waren 1997, 1998, 1999 und 2000 in jeder der zuständigen Bundesanstalt die Probenkosten (Gesamtkosten pro bearbeiteter Probe)?
27. Beabsichtigen Sie wirklich diese Bundesanstalten zu privatisieren oder auszugliedern?
28. Wenn ja, mit welcher sachlichen Begründung?
29. Gibt es dafür einen Zeitplan?
30. Wenn ja, sehen Sie darin nicht einen Widerspruch zu den Kommissionsvorgaben im „Weißbuch für Lebensmittelsicherheit“ bzw. zur Europäischen Lebensmittelbehörde?
31. Wenn nein, warum nicht?
32. Sollen bei den Untersuchungen oder Forschungen durch diese Bundesanstalten weitere einnahmewirksame Maßnahmen gesetzt werden?
33. Wenn ja, welche?
34. In welchen Branchen, Betrieben und bei welchen Produkten sollen Kontrollen erweitert oder reduziert werden?
35. In welchen Mitgliedsstaaten der EU sind derartige Untersuchungsanstalten aus der öffentlichen Verwaltung ausgegliedert (ersuche um Darstellung der Situation in den einzelnen Mitgliedsstaaten)?

36. Wurden in den EU Mitgliedsstaaten derartige Untersuchungsanstalten privatisiert?
37. Wenn ja, in welchen EU Mitgliedsstaaten (ersuche um Darstellung der Situation in den einzelnen Mitgliedsstaaten)?
38. Wie viele öffentlich Bedienstete waren 1997, 1998, 1999 und 2000 als Aufsichtsorgane in den Bundesländern tätig (ersuche um detaillierte Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer)?
39. Wie viele amtliche Proben wurden in Österreich im internationalen Vergleich (pro 1000 Einwohner) 1997, 1998, 1999 und 2000 gezogen (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen EU - Mitgliedsstaaten)?
40. Wie viele amtliche Proben werden voraussichtlich 2001 pro 1000 Einwohner gezogen?
41. Halten Sie die Strafbestimmungen für ausreichend?
42. Werden Sie eine dem § 25a LMG nachgebildete Regelung in die kommende Novelle aufnehmen?
43. In welcher Form wurden Importe aus Drittstaaten kontrolliert?
44. Wie viele Kontrollen fanden dazu in den Jahren 1997, 1998, 1999 und 2000 statt (ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Bundesländer)?
45. Welche Verfügungen und Weisungen (Erlasse) wurden durch Ihr Bundesministerium in den Jahren 1997, 1998, 1999 und 2000 erlassen um eine bessere Koordinierung der Untersuchungsanstalten des Bundes und der Überwachungstätigkeiten (Kontrollen) zu erreichen?